

Citizenship-Konzepte und Demokratiebildung

Aufgabe der schulischen und außerschulischen Politischen Bildung ist es, die verschiedenen *Citizenship*-Verständnisse von Lernenden aufzugreifen. Dafür ist es zunächst wichtig, sich mit den Präkonzepten von Jugendlichen dahingehend auseinanderzusetzen, was es denn bedeutet, „Bürger:in“ in einer Demokratie zu sein, um davon ausgehend Bildungsprozesse zu gestalten. Grundlage dafür bildet der Beutelsbacher Konsens, der als Minimalkonsens bzw. ethischer Kern Politischer Bildung gilt und dessen drei Grundprinzipien alle eng mit Mündigkeit als Zielperspektive politikbezogener Lernprozesse verknüpft sind.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang trotz dessen „blinde[r] Flecken“¹ das **Kontroversitätsgebot**, das in formalen Lernprozessen auf die Unterrichtsgestaltung zielt. Um Lernende zum mündigen politischen Urteilen und Handeln zu befähigen, dürfen ihnen Pluralität und unterschiedliche Perspektiven auf politische Sachverhalte nicht vorenthalten werden. Darüber hinaus ist das oft vernachlässigte Prinzip der Schüler:innenorientierung² zentral, das Analysefähigkeit und interessen geleitete Teilhabekompetenz der Lernenden fördern soll. Die Politdidaktiker Moritz Peter Haarmann und Dirk Lange interpretieren gerade diese Ausrichtung Politischer Bildung an den Interessen der Lernenden als Auftrag dafür, ihre Bürger:innenrolle in den Mittelpunkt von Bildungsprozessen zu rücken.³

Der vorliegende Beitrag wird zunächst zentrale analytisch wie empirisch unterscheidbare Verständnisse von *Citizenship* erörtern. Darauf aufbauend werden daraus folgende Leitlinien für eine herrschaftskritische und subjektorientierte Mündigkeits(selbst)bildung erörtert.

Citizenship-Konzepte

Konzepte von Bürger:innenschaft werden als breit geteiltes Set von **Erwartungshaltungen an Bürger:innen** in einer demokratischen Gesellschaft definiert.⁴ Diese geteilten Normen sind

wirkmächtig, denn sie geben den Einzelnen eine Vorstellung davon, was eine:n „gute:n“ Bürger:in ausmacht, und beeinflussen tatsächliches Verhalten. Der Politologe Russel J. Dalton definiert vier wesentliche Eckpfeiler von *Citizenship*, die innerhalb der verschiedenen Konzepte jeweils unterschiedlich ausgeprägt bzw. bedeutend sein können:

- Akzeptanz der staatlichen Ordnung
- Teilhabe an Politik
- Mündigkeit
- das Verhältnis der Bürger:innen untereinander⁵

Was macht
eine:n Bürger:in
aus?

Über mehrere Jahrzehnte war für viele liberale Demokratien ein enger Politik- und Demokratiebegriff vorherrschend, der auch mit einem entsprechend engen, formalisierten Partizipationsbegriff einherging und in der Politikwissenschaft als *duty-based citizenship* bezeichnet wird.⁶ Bürgerschaft wird hier vorwiegend als Bürger:innen-Pflicht verstanden, Vorstellungen der Menschen von sich als Bürger:innen im Verhältnis zur demokratisch gewählten Regierung bzw. zur Gesellschaft sind normativ geprägt: Bürger:innen sollen über Politik informiert sein, Bürger:innen sollen sich in Parteien engagieren bzw. Parteimitglieder sein, sie sollen vor allem informierte, mündige Wahlentscheidungen treffen. Diese Vorstellungen korrespondieren auch stark mit der Vorstellung von **Demokratie als Herrschaftsform** bzw. einer eher „dünnen“ Demokratie,

die von ihren Bürger:innen vergleichsweise wenig Partizipation erfordert.⁷

Von der
Bürger:innen-
Pflicht ...

Als Erweiterung bzw. alternatives Konzept wurde *engaged citizenship* entwickelt, welches einen breiteren, weniger scharf abgegrenzten Demokratie- und Politikbegriff beinhaltet.⁸ Dieser zeichnet eine *strong democracy* als Idealvorstellung, die von einem insgesamt dichter gewebten Netz an zivilgesellschaftlich organisierten, breit informierten und interessierten Bürger:innen ausgeht.⁹ Solche „engagierten“ Bürger:innen bringen jedenfalls auch einen **breiteren Partizipationsbegriff** und eine veränderte Praxis mit sich, die sich stärker in themenspezifischem Engagement, zivilgesellschaftlichen Initiativen, bewusstem bzw. politischem Konsum, Solidarität und wenig bzw. nicht formalisierten Praxen wie Petitionen, Protesten und Ähnlichem zeigt. Herkömmliche, empirisch standardmäßig in Umfragen erhobene und somit gut erforschte bzw. gut erforschbare Formen der Partizipation wie Wahlbeteiligung oder Parteienmitgliedschaft sind zwar auch für engagierte Bürger:innen ein wichtiges Element ihrer *Citizen-*

... zur
Bürger:innen-
Beteiligung

ship – weil sie die verbindlichsten und wirkmächtigsten Formen der Partizipation sind –, jedoch sinkt deren Stellenwert aufgrund des insgesamt erweiterten Repertoires an Teilhabemöglichkeiten deutlich ab.

Die Politikwissenschaft beklagt bereits seit über zwanzig Jahren die sinkende Wahlbeteiligung – als Hauptindikator für Partizipation – und leitet daraus insgesamt schwächere politische Teilhabe oder gar geringeres Interesse an der Demokratie ab.¹⁰ Eine wachsende Gegenposition argumentiert jedoch, dass wir weniger von einer Schwächung als von einer grundlegenden *Veränderung* von *Citizenship*-Verständnissen und somit auch von Teilhabeformen sprechen sollten.¹¹ In der empirischen Forschung schlägt sich diese Erweiterung des Partizipations- und *Citizenship*-Begriffs erst seit Beginn der 2000er Jahre flächendeckend nieder. Die neuen Formen der Partizipation sind im Wesentlichen auch Ausdruck eines veränderten Selbstverständnisses der Bürger:innen innerhalb der demokratischen Gesellschaften und unterstützen den Befund der veränderten Anforderungen an

MÖGLICHKEITEN DER MITBESTIMMUNG IN ÖSTERREICH			
	Österreichische Staatsangehörige	Angehörige von EU-Staaten	Angehörige von Drittstaaten
aktives/passives Wahlrecht auf EU-Ebene	✓	✓	✗
aktives/passives Wahlrecht auf Bundesebene	✓	✗	✗
aktives/passives Wahlrecht auf Landesebene	✓	✗	✗
aktives/passives Wahlrecht auf Gemeindeebene (in Wien: auf Bezirksebene)	✓	✓	✗
Teilnahme an Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen	✓	✗	✗
Petitionsrecht im EU-Parlament	✓	✓	✓
Europäische Bürgerinitiative	✓	✓	✗
Petitionsrecht auf Bundes- und Landesebene	✓	✓	✓
aktives/passives Wahlrecht für Interessenvertretungen	✓	✓	✓
Auskunftsrecht	✓	✓	✓
Organisation/Mitgliedschaft in Vereinen, Parteien und NGOs	✓	✓	✓
Beteiligung in der Öffentlichkeit (Leserbriefe, Demonstrationen, Sammlung von Unterschriften, ...)	✓	✓	✓
Bürgerrat/Bürgercafé	✓	✓	✓
kritischer Konsum und Information	✓	✓	✓

© Demokratiezentrum Wien

Politische Bildung insgesamt und an die Stärkung von Mündigkeit als deren Zieldimension.

Besonders für Einwanderungsgesellschaften im 21. Jahrhundert bringt eine so genannte *engaged citizenship* auch wichtige Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die vielen Bürger:innen ohne Staatsbürgerschaft ihres Wohnsitzstaates und somit ohne Wahlrecht auf nationaler Ebene. So waren bereits bei den österreichischen Nationalratswahlen 2019 mehr als 1,1 Millionen über 16-jährige Einwohner:innen Österreichs nicht wahlberechtigt, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Die demografische Entwicklung in Verbindung mit der geringen Einbürgerungsquote aufgrund der strikten Anforderungen führen dazu, dass die Bevölkerungszahl steigt, die Zahl der Wahlberechtigten hingegen sinkt.¹² Ein erweiterter Politik- und *Citizenship*-Begriff ermöglicht es auch ihnen, sich sinnvoll politisch zu engagieren, sich als Teil der *politischen* Gesellschaft zu sehen und den demokratischen Diskurs auf vielfältige Weise mitzugestalten.

Ebenso eröffnet er für politische Bildner:innen erweiterte Möglichkeiten, auch die vielen formal von wichtigen Partizipationsrechten ausgeschlossenen Jugendlichen in politische Lernprozesse aktiv einzubeziehen und ihnen die Bedeutung ihrer politischen Teilhabe, ihrer Bürger:innenschaft in unserer Gesellschaft zu vermitteln. Die **Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit** ist somit für Nicht-Wahlberechtigte einfacher herzustellen, wenn insgesamt ein breites Verständnis von *Citizenship* und Partizipation angenommen wird.

Perspektiven für die Bildungspraxis

In einer demokratischen Gesellschaft mit engagierten und mündigen Bürger:innen kommt der Politischen Bildung eine hohe Relevanz zu, indem sie Urteils- und Kritikfähigkeit sowie Partizipationsbereitschaft fördert. Besonders **Mündigkeitsorientierung** bildet den Kern des Ansatzes der *Citizenship Education*, der im Sinne von

Möglichkeiten-
räume
politischen
Handelns

Mündigkeits-
bildung als
Selbstbildung

Demokratiebildung über das Unterrichtsfach Politische Bildung hinausreicht und von Bürger:innen als politischen Subjekten ausgeht. Gefördert werden soll die Fähigkeit der Bürger:innen, die bestehende politische Ordnung zu analysieren und zu gestalten, und zwar im Sinne kritischer und nicht affirmativer Politischer Bildung.¹³

Politikdidaktische Überlegungen zu Mündigkeit stützen sich auf der gesellschaftstheoretischen Ebene in der Regel auf Immanuel Kant und Theodor W. Adorno und beziehen die Grenzen individueller Mündigkeit aufgrund gesellschaftlicher und institutioneller Strukturen mit ein. Die konkrete Ausgestaltung von Bildungsprozessen mit dem Ziel, politische Mündigkeit zu entwickeln, ist dagegen auch vor diesem Hintergrund umstritten.¹⁴ Seit der Aufklärung ist Mündigkeit eng mit dem Begriff der Selbstbestimmung verzahnt und bezieht sich aus der Perspektive des sozialwissenschaftlichen Unterrichts u.a. auf die soziale, politische und ökonomische Ebene. Sie lässt sich als Fähigkeit definieren, „sich mit Gesellschaft, Politik und Wirtschaft eigenständig und sachkompetent sowie interessengeleitet auseinanderzusetzen, dort selbstbestimmt und selbstwirksam handeln und dies nachvollziehbar rechtfertigen zu können.“¹⁵ Die dem Konzept der Mündigkeit innewohnende Widersprüchlichkeit, dass Selbstbestimmung nicht losgelöst davon zu denken ist, dass Subjekte immer in gesellschaftliche oder institutionelle Verhältnisse eingebunden sind, wodurch Abhängigkeiten entstehen, stellt für institutionelle Lern- und Bildungsprozesse eine Herausforderung dar.

Um diesem Dilemma¹⁶ zu begegnen, gehen Ricarda Darm und Dirk Lange von Mündigkeit als individueller Ressource aus, die Schüler:innen mit in den Unterricht bringen, und verstehen Mündigkeitsbildung als einen Selbstbildungsprozess. Ausgehend von den individuellen Konzepten der Lernenden brauche es permanente Lerngelegenheiten, die **Selbst-Denk-Räume** eröffnen, durch die Schüler:innen zur Selbstverortung in den sie umgebenden Strukturen und zur kritisch-(selbst-)reflexi-

ven Auseinandersetzung mit Fremd- und Selbstführungstechniken befähigt werden. Mündigkeit sei nicht vermittelbar und werde in Mündigkeitsselbstbildungsprozessen auch nicht von außen vermittelt, vielmehr werden Reflexionsprozesse ermöglicht. Die in diesen Prozessen entwickelte Fähigkeit, selbst reflexiv zu denken, zielt nicht auf den Demokratieerhalt, sondern die Demokratieentwicklung, und bildet somit einen charakteristischen Bezugspunkt von Demokratiebildung.¹⁷ Neben dieser subjektorientierten Perspektive auf *Citizenship Education* sind handlungsorientierte Lern- und Bildungsprozesse von Interesse. Dementsprechend braucht es laut Politikdidaktiker Ralph Blasche für reflexive Mündigkeitsprozesse vor allem Möglichkeitsräume für politisches Handeln und politische Aktionen.¹⁸

Vom Demokratieerhalt zur Demokratieentwicklung

Dennoch lässt sich das Dilemma nicht (vollständig) auflösen, denn das Spannungsfeld zwischen Selbst- und Fremdbestimmung bleibt insbesondere in der von Macht- und Herrschaftsmechanismen bestimmten Institution Schule bestehen.¹⁹ Das Verhältnis zwischen Lehrer:innen und Schüler:innen ist durch ein Machtgefälle charakterisiert, und so bleiben auch Reflexionsprozesse unter

didaktischen Prämissen letzten Endes von außen initiiert und angeleitet und damit die Entfaltungsmöglichkeiten von Schüler:innen eingeschränkt. Die Diskrepanz zwischen dem Versprechen auf selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe und den realen Entscheidungshierarchien bedeutet jedoch nicht, dass auf das von Darm und Lange skizzierte Mündigkeitskonzept verzichtet werden muss. Es unterstreicht vielmehr die Notwendigkeit, zum selbstreflexiven Denken anzuregen und die Ambivalenz zwischen mündigkeitsorientierter Demokratiebildung und den institutionellen Rahmenbedingungen dafür in den Reflexionsprozess einzubeziehen.

Ein weiterer Stolperstein in Verbindung mit Mündigkeit als Zielperspektive politischen Lernens besteht darin, dass aufgrund der hierarchischen Strukturen Schüler:innen selten zu den – von Sozialwissenschaftlerin Susann Gessner geforderten – Akteur:innen ihres Unterrichts werden.²⁰ Dafür bräuchte es vor allem ergebnisoffene Lernprozesse, in denen Urteile und Lösungen nicht vorweggenommen werden und die Auseinandersetzung mit politischen Sachverhalten auch in Dissens zwischen Lehrer:innen und Schüler:innen münden darf.²¹

- 1 Weyland, Jan: Blinde Flecken des Kontroversitätsgebotes, in: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung. Bonn 2016, S. 334–342.
- 2 Oberle, Monika: Beutelsbacher Konsens, in: Achour, Sabine/Busch, Matthias/Massing, Peter/Meyer-Heidemann, Christian (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt a. M. 2020, S. 30–32.
- 3 Haarmann, Moritz Peter/Lange, Dirk: Emanzipation als Kernaufgabe politischer Bildung. Überlegungen zum Beutelsbacher Konsens, in: Widmaier u.a.: Beutelsbacher Konsens, S. 166–170.
- 4 Dalton, Russell J.: Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation, in: Political Studies 56/2008; Almond, Gabriel A./Verba, Sidney: The civic culture: political attitudes and democracy in five nations. Boston 1965.
- 5 Dalton: Citizenship Norms, S. 78.
- 6 Almond/Verba: The civic culture.
- 7 Barber, Benjamin: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age. California 2003.
- 8 Dalton: Citizenship Norms.
- 9 Barber: Strong Democracy.
- 10 Putnam, Robert: Bowling alone: the collapse and revival of American community. New York 2000.
- 11 Norris, Pippa: Democratic phoenix: Reinventing political activism. Cambridge/UK 2022; Theocharis, Yannis: The Conceptualization of Digitally Networked Participation, in: Social Media + Society 1/2015.
- 12 Juen, Isabella: Politik in Zahlen Teil 1: Österreichische Wähler*innen. Austrian Democracy Lab. Online unter www.austriandemocracylab.at/politik-in-zahlen-teil-1-oesterreichische-waehlerinnen/ (12.03.2024).
- 13 Kenner, Steve/Lange, Dirk: Einführung: Citizenship Education, in: Dies. (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt a. M. 2018, S. 9–17.

- 14 Blasche, Ralph: Kritische Konfliktorientierung und Mündigkeit – Reflexionen, gesellschaftstheoretische Fundierungen und bildungspraktische Implikationen, in: Wohnig, Alexander (Hrsg.): Politische Bildung als politisches Engagement. Überzeugungen entwickeln – sich einmischen – Flagge zeigen. Frankfurt a. M. 2021, S. 123–141; Darm, Ricarda/Lange, Dirk: Mündigkeitsselbstbildung als Referenzpunkt der Demokratiebildung, in: Kenner/Lange: Citizenship Education, S. 49–59; Müller, Stefan: Mündigkeit. Zwei Argumente für eine reflexive, nicht-dichotome Perspektive, in: Lotz, Mathias/Pohl, Kerstin (Hrsg.): Gesellschaft im Wandel. Neue Aufgaben für die politische Bildung und ihre Didaktik. Frankfurt a. M. 2019, S. 86–93.
- 15 Autorengruppe Fachdidaktik: Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Schwalbach/Ts. 2017.
- 16 Dazu auch Hellmuth, Thomas: Politische Bildung und/oder Demokratiebildung?, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 50/2022, S. 18–24.
- 17 Darm/Lange: Mündigkeitsselbstbildung.
- 18 Blasche: Kritische Konfliktorientierung.
- 19 Krösche, Heike/Stornig, Thomas: Schulische Partizipationsräume im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdbestimmung. Der Beitrag gesellschaftswissenschaftlicher Bildung zum Lernen aus schuldemokratischen Prozessen, in: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften 1/2024 (im Druck).
- 20 Gessner, Susann: Kritische politische Bildung oder: Was brauchen Schüler und ihre Lehrer? Ein Essay, in: Widmaier, Benedikt/Overwien, Bernd (Hrsg.): Was heißt heute Kritische Politische Bildung? Schwalbach / Ts. 2013, S. 86–90.
- 21 Sander, Wolfgang (2022): Geschichte der politischen Bildung, in: Sander, Wolfgang/Pohl, Kerstin (Hrsg.): Handbuch politische Bildung (5., vollst. überarb. Auflage). Frankfurt a. M. 2022, S. 13–28.